

**Gegenstand:   Bebauungsplan Nr. 19 D "Alte Ziegelei" (Erlus-Gelände)  
hier: Information über den Stand der Planungen und der  
Projektentwicklung zum Gelände der alten Ziegelei  
Vorlage: 0773/2012**

Der Vorsitzende begrüßt einleitend die beteiligten Architekturbüros

Vortrag Prof. Telian - städtebauliches Konzept und Weiterentwicklung seit dem Wettbewerb:

Prof. Telian unterstreicht die Wichtigkeit des städtebaulichen Konzepts, das in Workshops und Gesprächen mit der Verwaltung weiterentwickelt wurde. Ergebnisse daraus waren u.a.:

- Quartiersöffnung in den Park.
- Fassung Zentraler Platz als wesentlicher öffentlicher Raum mit Öffnung zur Stadt hin; Mittelpunkt, der für den Verkehr gesperrt werden soll.
- Dachgeschoße wurden gegenüber dem Entwurf zu einer städtischen Dachlandschaft weiterentwickelt.
- Solitärgebäude werden eigenständige Objekte.
- Hochwasserschutz als Teil der Bebauung.
- Verkehrsführung: Gassen zwischen den Quartieren sollen als Spielstraßen ausgebildet und überwiegend nicht befahren werden. Parkflächen entstehen in den Tiefgaragen. Anliegerstraße parallel zur Kirmmeier-Straße darf keine Ausweichstrecke für die Ampel werden (unechte Einbahnstraße – Vorschlag Verkehrsbehörde - mit Ausfahrt nach Nord und Süd).
- Durch die Passivhausausführung erhöht sich die Geschoßhöhe um ca. 1,80 - 2 m.

Vortrag TOPOTEK1 - Herr Rein-Cano - Außenraumgestaltung und Freianlagenkonzept:

Herr Rein-Cano nennt als Referenzen für die Landschaftsplanung den Fürst-Pückler-Park in Bad Muskau und das Arboretum in Zürich. Die Gestaltung sieht eine Schichtung auf kleinem Raum zum Wasser hin vor. 7 Baumarten werden wiederkehrend in Rastern, Linien und Wolken angeordnet. Die Materialität der Außengestaltung soll mit Ziegeln und Klinker den geschichtlichen Zusammenhang zur früheren Ziegelei herstellen. Die Stichstraßen zwischen den Quartieren sollen öffentlich genutzt werden, abgesetzt von den Privatgärten. Die eigentlichen Parkwege haben eine Giraffenstruktur zur Abgrenzung von privat und öffentlich; zur Verbesserung der Zirkulation sind sie diagonal verlaufend.

Vortrag Büro Böge Lindner K2 - Herr Böge:

Herr Böge verweist auf Referenzen aus Bebauungsprojekten in Hamburg, die auch genossenschaftliches Wohnen umfassen. Das Büro war Teilnehmer am Wettbewerb, mit anderen Schwerpunkten als der Siegerentwurf und nun beauftragt mit der Realisierung der Baufelder 1 und 5 (Randquartiere). In seiner Präsentation werden die wesentlichen Aspekte dieser Felder dargestellt:

Q 1 = Ausgestaltung und Abstufung der Dachhäuser und des Kubussolitär. Ein Problemfeld ist, wegen der Vorgabe von 1,5 Stellplätzen, die Gestaltung und Nutzung der Untergeschoße

Q 5 = Akzentuierter Abschluss der Wohnbebauung der Stadt nach Norden.

Vortrag Büro Prof. Kränzle und Fischer Wasels, Karlsruhe - Prof. Kränzle:

Anhand der Präsentation zeigt Herr Kränzle, dass das Büro nicht spezialisiert auf bestimmte Gebäudetypen ist. Er war früher Mitarbeiter einer Baubehörde. Schwerpunkt heute ist die Teilnahme an Wettbewerben; in Speyer auch schon westlich der Franz-Kirmmeier-Straße. Er bezeichnet das Baufeld als traumhafte Lage am Wasser mit direkter Anbindung an die Stadt. Ein Motiv aus einem Bauauftrag in KA wird auch in SP umgesetzt: Profilierung des Gebäudekörpers. Die Frage, wie viel Varianz und Einheitlichkeit gleichzeitig eine gute Architektur braucht, zeigt er am Beispiel alter Städte in Italien. Das Büro ist beauftragt mit Q

2. Die Geschoße terrassieren sich in dem Entwurf zurück. Über den Einsatz des Materials Ziegel muss diskutiert werden.

Vortrag Büro Eicke-Becker - Herr Becker:

Das Büro Becker setzt auf urbane Bebauung, bei der Innenräume, Fassaden, Grün und Kunst zusammen spielen und ist zuständig für die Umsetzung des Q 3. Wesentliche Stilkomponente ist hier die Fortsetzung des Baukörpers in den Raum hinein durch Auskragungen.

Vortrag Büro KCAP ZH - Fr. Schneider,:

Auch KCAP war Teilnehmer an dem Wettbewerb, ist aber in einem frühen Stadium bereits ausgeschieden. Schwerpunktarbeit des Büros ist die Umnutzung von Industriegeländen, was anhand von Beispielen aus NL und Stuttgart veranschaulicht wird. Das Büro bearbeitet das Zentrale Baufeld 4 im Spannungsfeld zwischen Masterplan und dem Bedürfnis nach Durchsicht zum Fluss (Diskrepanz Öffentlichkeit / privates Wohnen). Die Installation eines Cafés im versetzten Solitär soll die Verbindung zum Park und zum zentralen Platz hin schaffen. Die Materialität orientiert sich am umliegenden Stadtfeld: Ziegel, Stein, Holz. Nach außen wird eine städtische Fassade bevorzugt, z.B. mit Ziegel, nach innen hin eine weichere Gestaltung.

Vortrag Generalplaner Büro stockwerk - Hr. Fokken:

Herr Fokken verweist auf derzeit 2 große Projekte in Heidelberg sowie eines in Mannheim, die ebenfalls in Passivhausbauweise ausgeführt werden. Die Umsetzung des Erlus-Geländes komplett im Passivhausstandard stellt einen wichtigen Baustein zum Projekt der Stadt ("Speyer 100% regenerativ" bis 2030) dar.

Hinsichtlich des weiteren Zeitablaufs teilt Frau Trojan, Abteilungsleiterin Stadtplanung mit, dass das Bebauungsplanverfahren mit den Beteiligungsschritten in Kürze eröffnet wird. Am 13.06.2012 findet hierzu eine Bürgerveranstaltung im Rathaus statt.

Herr C. Ableiter stellt an die Grünflächenplanung die Frage, ob Pappeln, die zwar sehr prägend für die Rheinauen seien, nicht wegen der erhöhten Astfallgefahr bedenklich seien. Nach Ansicht von Herr Rein-Cano ist dies überwiegend eine Frage der Baumpflege und verweist auf das Beispiel Leopoldstraße in München.

**Gegenstand: Einrichtung eines "Scherbentelefon";  
Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 29.03.2012  
Vorlage: 0752/2012**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Die mündliche Begründung des Antrages erfolgt durch Herrn Feinler. Viele Bürger wissen nicht wohin sie sich wenden können, um Verschmutzungen oder Schäden zu melden. Andere Städte, u.a. Worms, nutzen eine solche Einrichtung bereits..

Nach Rücksprache des Vorsitzenden mit seinem Kollegen in Worms läuft dort ein Anrufbeantworter, auf den aufgesprochen werden kann.

Frau Münch-Weinmann begrüßt das Vorhaben grundsätzlich, erinnert aber an den Antrag Bündnis 90/Die Grünen aus dem vergangenen Jahr, ein modernes, interaktives Internetangebot aufzubauen. Im Übrigen freue sich der Fahrradbeauftragte der Stadt Speyer über jeden Anruf zur Meldung von Scherben auf der Radwegen.

Frau Tochtermann hält den Antrag mit Hinweis auf die bevorstehende Aufschaltung der Behördennummer D 115 für überholt.

Auch nach Ansicht von Herrn Dr. Jung ist die Rufnummer, die man sich im Zweifelsfall nicht merken kann, weniger wichtig als die Tatsache, dass am anderen Ende jemand sitzt, der sich um die Angelegenheit kümmert. Beim Fuhrpark und anderen Institutionen sind die entsprechenden Leute, die die Meldungen abarbeiten. Über D 115 wird direkt dahin verbunden; genauso läuft es bei einem Anruf auf die Zentralnummer 14-0.

Auch für Herrn C. Ableiter ist es wichtiger, das Bewusstsein bei den Bürgern für den Service zu schärfen als eine eigene Rufnummer dafür einzurichten.

Der Vorsitzende schildert kurz, welche Stellen sich in Speyer mit solchen Meldungen befassen (Baubetriebshof, Umweltschutz, EBS, Abfallberatung SWS). Neben der 14-0 und 115 wäre das Scherbentelefon eine dritte Rufnummer, die man sich merken müsste. Er schlägt daher vor, den Antrag in das noch aufzubauende Beschwerdemanagement beim Büro OB mit aufzunehmen und bis Ende des Jahres zu berichten, ob überhaupt ein entsprechender Bedarf besteht.

Dem schließt sich der Rat einmütig an.

**Gegenstand: Verbesserung der Wertstofffassung in Speyer;  
Gemeinschaftsantrag von CDU, SWG und FDP vom 20. April 2012  
Vorlage: 0770/2012**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Die Begründung zum gemeinsamen Antrag der Wertstoffsammlung erfolgt durch Herrn Rottmann. Ziel ist eine Verbesserung der Sammlung von 'stoffgleichen Nichtverpackungen', die an sich nicht im gelben Sack des DSD gesammelt werden. Es soll ein wahlweises Angebot Gelber Sack **oder** gesonderte Wertstofftonne erfolgen. Außerdem soll eine flexible Handhabung für sperrigere Gegenstände erfolgen, wenn z.B. der Sack nicht ausreichend ist. Elektrokleingeräte sollten in diesen Tonnen nicht gesammelt werden, sondern z.B. bei Behörden und Baumärkten.

Herr Czerny verweist auf das Pilotprojekt, das bis Ende des Jahres im Neuland noch läuft und das damit beendet wäre.

Herr Rottmann erwidert, bei dem Piloten wird die dauerhafte Bereitstellung einer zusätzlichen Tonne geprüft, was nach dem gemeinsamen Antrag gerade nicht gewollt ist. DSD hat auch schon Bereitschaft in der Richtung signalisiert.

Herr Scheid sieht als zuständiger Dezernent in dem Antrag keinen Grund zur Beendigung des Pilotprojektes, weil dieses sich auch mit der nachgelagerten Problemstellung des späteren Aussortierens bei der Recycling-Fa. Becker befasst. Zwischenergebnis im Neuland ist, dass auch unhygienische Fleischverpackungen darin liegen. Er sieht in dem Antrag eher eine Ergänzung des Angebots hin zu mehr Bürgerfreundlichkeit. Auch das Thema Kostenzuordnung zwischen DSD-Verpackungen und "kommunalem Plastikmüll" muss noch geklärt werden.

Herr F. Ableiter bringt zum Ausdruck, dass er davon ausgegangen ist, dies würde bereits so praktiziert, weil er noch nie beobachtet hat, dass Kunststoffe, die keine Umverpackungen waren, nicht mitgenommen worden wären. Dies ist nach Aussage des Vorsitzenden auch eine Frage der individuellen Handhabung.

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, ob das bestehende Sammelsystem für Verpackungsabfälle alsbald zu einer Wertstoffsammlung für Verpackungen und stoffgleiche Nichtverpackungen weiterentwickelt werden kann. Zu diesem Zweck soll eine Abstimmung mit den Dualen Systemen für Verpackungen, insbesondere der DSD, herbeigeführt werden. Auf dieser Grundlage ist ein Konzept für die Einführung der Wertstoffsammlung zu erstellen. Dieses soll den Haushalten eine Auswahl zwischen gelben Säcken und gelben Tonnen ermöglichen. Für Elektrokleingeräte ist über die bestehenden stationären Sammelstellen hinaus ein bürgerfreundliches Sammelangebot zu entwickeln. In Verbindung mit der durch diese Maßnahmen angestrebten besseren Wertstofffassung soll eine Werbekampagne für die Getrenntsammlung recyclingfähiger Abfälle vorgesehen werden.

**Gegenstand: Feuerwehr in Speyer;  
Anfrage der FDP-Stadtratsfraktion vom 23.04.2012  
Vorlage: 0771/2012**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

In der Beantwortung der Anfrage erläutert der Vorsitzende, dass es Unterschiede im Versicherungsschutz bei haupt- und ehrenamtlichen Feuerwehrleuten gibt, wobei auf Anfrage die Informationen der Unfallkasse hierzu eher dürftig waren; sofern noch weitere Erkenntnisse vorliegen, sollten diese mit dem Protokoll verschickt werden.

Die Stadt Speyer unterhält eine Freiwillige Feuerwehr mit derzeit 125 aktiven Feuerwehrleuten, die alle ehrenamtlich tätig sind und damit auch ehrenamtlich den Einsatzdienst versehen. Hauptberufliche Einsatzkräfte (Berufsfeuerwehr) gibt es in Speyer nicht.

In der Feuerwache sind derzeit 11 Mitarbeiter beschäftigt, die zum einen für die Wartung der umfangreichen Fahrzeug- und Geräteausstattung zuständig sind, zum anderen in einem Schichtdienst die Leitstelle rund um die Uhr besetzen, die Notrufe entgegennehmen und Alarmierungen und Verständigungen durchführen.

Obwohl diese 11 Mitarbeiter als "Angestellte im kommunalen feuerwehr-technischen Dienst" eingestuft sind, gehört der Einsatzdienst nicht zu ihren beruflichen Aufgaben. Kommt es während der Arbeitszeit zu einem Einsatz, so rücken sie – wie alle anderen Feuerwehrangehörigen auch – als Freiwillige Feuerwehrleute ehrenamtlich aus, soweit sie Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr sind.

Sollte der Einsatzdienst für diese Mitarbeiter zukünftig hauptamtlich erfolgen, hätte dies zur Folge, dass eine Feuerwehruzulage für den Einsatzdienst nach der Anlage D.2 zum TVöD zu zahlen wäre. Diese beträgt zurzeit 127,38 € brutto im Monat. Die Mehrkosten für die Stadt Speyer einen Feuerwehrmann im hauptamtlichen Einsatz würden also 1.981,06 €/Jahr gegenüber der bisherigen Regelung betragen.

Dazu kommt die Ruhestandsregelung für Beschäftigte im hauptamtlichen Einsatzdienst nach der Anlage D.2 zum TVöD. Freiwillige Feuerwehrleute haben eine Ruhestandsregelung wie alle anderen Mitarbeiter (65 Jahre). Hauptamtlich Beschäftigte im Einsatzdienst hingegen können auf Antrag bereits zu dem Zeitpunkt ihr Arbeitsverhältnis beenden, zu welchem vergleichbare Beamte/innen im Einsatzdienst der Berufsfeuerwehr in den gesetzlichen Ruhestand treten. Dies wäre zurzeit mit der Vollendung des 60. Lebensjahres möglich.

Möchte der Mitarbeiter bereits mit Vollendung des 60. Lebensjahres aus dem Arbeitsverhältnis ausscheiden, hat er eventuell Anspruch auf eine Übergangszahlung durch die Stadt Speyer. Diese errechnet sich aus dem Lebensalter bei Eintritt sowie den Beschäftigungsjahren im Einsatzdienst und kann bei 35 Jahren im Einsatzdienst zurzeit maximal knapp 40.000 € brutto betragen.

Der größte Teil der Mitarbeiter in der Feuerwache ist bereits 50 oder älter, so dass hier maximal noch ein Anspruch auf Übergangsgeld für 10 Einsatzjahre erreicht werden könnte, also ca. 11.400 €.

Dazu kommt, dass bei einem Eintritt in den Ruhestand mit 60 Jahren vorzeitig eine entsprechende Nachbesetzung erforderlich wird, während ein freiwillig Einsatzdienst Leistender bis 65 eingesetzt werden kann.

Personaldecke:

Die Stadt Speyer hat die Firma RINKE Kommunal mit der Erstellung eines "Feuerwehrbedarfsplanes" beauftragt, der eben diese Problematik untersuchen und Lösungsmöglichkeiten unterbreiten soll.

Die umfangreichen Ermittlungen (Struktur des Stadtgebietes, Gefahrenpotenzial, Analyse der Feuerwehr und ihrer Ausstattung, Auswertung der Einsätze) sind abgeschlossen, eine Arbeitsgruppe hat Lösungsmöglichkeiten erörtert. Derzeit werden noch einige letzte Unklarheiten abgeklärt, die Fertigstellung des Feuerwehrbedarfsplanes ist für Ende Mai zu erwarten. Seitens der Verwaltung wurde eine Stellenaufstockung um 3 Kräfte beantragt.

Frau Roos hat aktuell keine Zusatzfrage zu der Beantwortung.

**Gegenstand: Wendemöglichkeit für LKW im Otterstadter Weg;  
Antrag der SWG-Stadtratsfraktion vom 27.04.2012  
Vorlage: 0774/2012**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Die mündliche Begründung erfolgt durch Herrn Roßkopf. Er berichtet von unterschiedlichen Auffassungen in diesem Gebiet. Während die Anwohner im Otterstadter Weg eher einen Abfluss über den Erlenweg favorisieren, besteht dort erheblicher Widerstand. Diese Straße sei außerdem sehr schmal.

Herr Czerny kann bestätigen, dass es dort grundsätzlich brodeln. Weil auch die Schranke zum Binsfeld/Spitzrheinhof offen ist, herrscht dort viel Durchgangsverkehr, insbesondere im Sommer. Ob eine Wendemöglichkeit jedoch die Lösung ist, kann er nicht beurteilen. Der Vorsitzende weist darauf hin, dass der Bereich Otterstadter Weg/Erlenweg im VEP als Brennpunkt gelistet und behandelt wird. Außerdem weist er auf die ungeklärte Grundstücksfrage für einen möglichen Wendeplatz hin. Die Kosten für einen Bau werden von der Verwaltung auf mindestens 40.000 € geschätzt.

Aus Sicht von Herrn Hinderberger ist ein Wendehammer nicht der richtige Ansatz. Im Otterstadter Weg ist nur Kleingewerbe ansässig. Die Zufahrt zu den Gewerbegebieten muss nicht über den Otterstadter Weg erfolgen. Er schlägt vor, die Straße schlicht für Fahrzeuge über 7,5 to Gesamtgewicht zu sperren. Hinsichtlich des Verbindungsweges Erlenweg/Otterstadter Weg regt er an, die Gehwege wegzunehmen und eine Spielstraße daraus zu machen, damit diese zumindest in einer Richtung befahren werden kann. Viel wichtiger erscheint ihm der Fußweg vom Hoch- zum Tiefgestade, auf dem sich wieder zwei Unfälle ereignet haben.

Frau Keller-Mehlem bestätigt den Interessenkonflikt der Anwohner. Schon seit 2008 ist der Ortsverein an der Sache dran und hat verschiedene Vorschläge an die Verwaltung gegeben. Sie bringt die Hoffnung zum Ausdruck, dass dies in den VEP einfließen wird und schlägt vor, kurzfristig durch eine entsprechende Beschilderung die Verkehrslage klarzustellen. Der Vorsitzende hingegen äußert, dass die LKW's, die dort einbiegen, nirgendwo anders hin wollen als genau zu den Betrieben im Otterstadter Weg.

Herr C. Ableiter spricht von einem bekannten Problem: Individualverkehr ja - aber nicht bei mir. Die Öffnung zum Erlenweg hin und ein Ausweichen über das Maulbeerstück erscheint ihm sehr gefährlich, weil dieser Bereich sehr schmal ist und traditionell viele spielende Kinder dort anzutreffen sind. Genau deswegen wurde die Verbindung wegen der Verletzung eines Kindes damals gesperrt. Die Sperrung zum Binsfeld und Spitzrheinhof hin sollte dagegen nach seiner Ansicht aufgehoben werden, um die Anwohner der Waldseer Straße von Freizeitverkehr zu entlasten. Ein Wendehammer wäre nach seiner Auffassung Geldverschwendung.

Herr Roßkopf weist darauf hin, dass es sich um einen PRÜF-Antrag handelt. Er sei auch einverstanden damit, wenn die Prüfung im Rahmen des VEP stattfindet, Hauptsache es wird geprüft. Zu den Aussagen von Herrn Hinderberger merkt er an, eine wichtige Feststellung sei, dass der Otterstadter Weg Mischgebiet ist und der Erlenweg Wohngebiet, das nicht mit Durchgangsverkehr belastet werden sollte.

Herr Feiniler stellt als Fakt fest, dass auch im Otterstadter Weg Kinder spielen. Der einzige größere Betrieb dort ist die Druckerei. Hohes Verkehrsaufkommen entsteht durch den Thomashof, die Kleingärten und die Campingplätze am Bonnetweiher sowie durch das

Binsfeld. Wichtig wäre die Suche nach einer anderen Zufahrt zum Thomashof, um den Otterstadter Weg von Camperverkehr zu entlasten. Der VEP wird bei allen Verkehrsfragen von der Stadt schon seit Jahren angekündigt; der Plan wird nach Auskunft des Vorsitzenden in Kürze vorgelegt.

Herr Czerny regt an, der Verkehrsausschuss solle sich vor Ort ein Bild machen. Nach Auffassung des Vorsitzenden waren alle schon dort, manche mehrfach; der Ausschuss für Umwelt und Verkehr kann und soll das im Rahmen des VEP entscheiden.

### **Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt einstimmig, die Verwaltung mit der Prüfung zu beauftragen, ob man am Ende des Otterstadter Weges eine Wendemöglichkeit für LKWs einrichten kann. Dies soll im Rahmen des Verkehrsentwicklungsplans im Ausschuss für Umwelt und Verkehr erörtert werden.

Parallel dazu soll geprüft werden, ob auf dem Verbindungsweg Erlenweg/Otterstadter Weg die Gehwege weggenommen werden können und der Bereich zu einer Spielstraße umgestaltet werden kann..

24. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 10.05.2012

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 6

---

**Gegenstand: S-Bahn Haltepunkt Speyer-Süd;  
Anfrage der SWG-Stadtratsfraktion vom 27.04.2012  
Vorlage: 0775/2012**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Der Vorsitzende führt aus, dass die Fragen noch nicht beantwortet werden können, da die begehrten Informationen noch nicht vorliegen. In der nächsten Sitzung des Bau- und Planungsausschusses im Juni sollen die Ergebnisse der Prüfung und die Kosten präsentiert werden.

Herr Roßkopf möchte noch eine 5. Planungsvariante ins Gespräch bringen, nämlich angesichts der Kosten gar keinen weiteren Haltepunkt zu errichten..

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Die Anfrage wird in den Bau- und Planungsausschuss verwiesen und soll nach Vorliegen der entsprechenden Informationen dort behandelt werden.

**Gegenstand: Partnerschaftvereinbarung der beiden Städte Worms und Speyer  
mit der chinesischen Stadt Ningde  
Vorlage: 0695/2012**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Der Vorsitzende weist eingangs auf die gut 2 ½ stündige Beratung mit 4 Fachleuten in öffentlicher Sitzung hin, die im Haupt- und Stiftungsausschuss geführt wurde und die mit einem empfehlenden Votum an den Rat mit 10 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 3 Enthaltungen schloss.

Zur Geschäftsordnung schlägt er mit Blick auf diese Expertenanhörung und die ausgiebige Vorberatung vor, dass jede Fraktion eine Stellungnahme abgibt, es aber keine weitere Diskussion darüber gibt, da heute ja auch die Fachleute nicht anwesend sind.

Herr Dr. Jung zeigt sich verwundert über die Heftigkeit der Diskussion in den vergangenen Wochen und Monaten. Speyer als weltoffene Kommune kann doch keine Barrieren aufrecht erhalten oder gar neue aufbauen in einer Zeit, in der die Welt zusammenwächst. Die Universität für Verwaltungswissenschaften unterhält enge wissenschaftliche Beziehungen zu China. Jedes Jahr findet eine Lehrerfortbildung für chinesische Lehrkräfte in Speyer statt. Die IHK Ludwigshafen listet mindestens 13 Speyerer Unternehmen, die sich in China engagieren. Er verweist zudem auf die Bildung einer GDCF, die zwischenmenschliche Beziehungen aufbaut. Auch das Land RLP unterstützt die Partnerschaft mit Fujian, dessen Ehrenbürger der SPD-Ministerpräsident ist. Zur Notwendigkeit einer förmlichen Partnerschaftvereinbarung auf chinesischer Seite verweist er auf die Erläuterungen von Herrn Prof. Englert. Außerdem steht man ja nicht bei der Stunde null, sondern es wurden bereits durch den alten Rat in der letzten Wahlperiode Pflöcke eingeschlagen. Er fordert Kontinuität in der Ratsarbeit ein. Die Kosten für einen Israel-Besuch sind vermutlich deutlich höher als die einer China-Reise. Zu der Menschenrechtsdiskussion merkt er an, dass mit Kursk eine langjährige Partnerschaft mit Russland besteht, wo ein "lupenreiner Demokrat" autokratisch regiert; konsequenterweise müsste man dann auch diese Partnerschaft auf Eis legen.

Er selbst war sicher schon 10 x in China und berichtet von aktiven Umweltverbänden und u.a. einer stetig wachsenden Zahl von Christen als Zeichen beginnender Öffnung. Er setzt auf junge Leute als das andere Gesicht Chinas, dem man sich nicht verschließen sollte. Die IHK unterstützt regionale Partnerschaften mit China auch wegen der ökonomischen Wirkung auf das eigene Umland. Er fordert die Kritiker auf, ihre Bedenken aus dem offenen Fenster zu werfen und die Öffnung neuer Wege zu unterstützen.

Frau Roos spricht von unterschiedliche Ansichten innerhalb der kleinen Fraktion. Sie unterstützt jedoch das Positive aus den Aussagen von Herrn Dr. Jung. Wichtig ist ihr aber auch, dass das Verpflichtende aus einer solchen Partnerschaftvereinbarung entsprechend aufgegriffen wird. Die FDP wird der Partnerschaft zustimmen.

Aus der Sicht von Herrn C. Ableiter gibt es mehrere Gründe, diese Partnerschaft abzulehnen.

Die zu erwartenden Kosten für ein so weit entferntes Land werden in Zeiten, wo bei Vereinen und Sozialem drastisch gekürzt wird, sind einer dieser Gründe. Bei anderen entfernten Partnerregionen wie Russland und Israel begründet die besondere historische Schuld, die bei China nicht erkennbar ist, eine Ausnahme. Dass es sich um eine wirtschaftliche Boomregion handelt, kann allein noch kein Grund für eine Partnerschaft sein.

Er sieht als Partnerstadt auch eine besondere Verantwortung für Bürger- und Menschenrechte und will sich nicht gemein machen mit den Provinzkadern der Partei, mit denen dieser Partnerschaftsvertrag geschlossen wird. Die BGS lehnt das Vorhaben daher ab.

Herr Roßkopf räumt ein, nicht von jeher ein Freund dieser Partnerschaft gewesen zu sein; aber wenn jemand aktiv diese Partnerschaft sucht, sollte man ihn nicht zurückweisen. Die SWG-Fraktion wird frei nach dem persönlichen Gewissen entscheiden. Er zeigt sich beeindruckt von den Ausführungen durch Prof. Englert in der Hauptausschusssitzung. Die Fraktion hat den Beauftragten aus Neustadt eingeladen, das schon länger eine Partnerschaft mit China unterhält und bei der der Jugendaustausch sehr gut läuft, trotz einzelner Probleme. Im Zusammenhang mit der Ukraine wäre es auch ein falsches Zeichen, dort nicht zum Sport zu kommen. Man darf Menschen nicht für ihre Regierung bestrafen. Die SWG wird daher mehrheitlich zustimmen.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat laut Herrn Jaberg seinerzeit mehrheitlich der Kooperationsvereinbarung zugestimmt, nachdem sie auf den Text und die Bedeutung der Menschenrechte eingewirkt hatte. Die Grünen stehen für den Kulturaustausch, aber z.B. auch für Umweltschutz und Ökologie. War er anfänglich noch etwas überrascht über die geringe Resonanz auf diesen Kooperationsvertrag, so wurde dies im Haupt- und Stiftungsausschuss anschaulich erläutert. Aus eigener Erfahrung kann er darüber berichten, dass er sehr offen von interessierten Menschen empfangen wurde. Ein politischer und wirtschaftlicher Austausch mit China findet bereits intensiv statt, bisher jedoch noch nicht auf kommunaler, zwischenmenschlicher Ebene. Er bezeichnet Städtepartnerschaften als kommunale Außenpolitik, die keine Anerkennung des jeweils herrschenden Systems darstellt. Zur Definition des Begriffs Menschenrechte wirft er auf, dass die staatliche Sicherstellung der Gesundheits- und Ernährungsversorgung auch eine Form von Menschenrecht sei, die in China sehr gute Erfolge zeichnet, im Gegensatz z.B. zu Indien, das als "freies" Land gilt. Bündnis 90/Die Grünen werden mehrheitlich zustimmen.

Herr Röbosch war aus finanziellen Gründen ursprünglich auch gegen diese Partnerschaft. Unterstützt nun aber inhaltlich die Ausführungen von Herrn Dr. Jung und wird zustimmen.

Herr Förster wirft im Zusammenhang mit den Ausführungen der CDU die Frage auf, ob vielleicht die Tatsache, dass die Bevölkerung die Pflöcke des alten Rates anders gesehen hat, dazu geführt haben könnte, dass heute neue Parteien und Ratsmitglieder im Stadtrat vertreten sind. Der Städtepartnerschaft mit Ningde wird er nach dem Grundsatz "Wandel durch Annäherung", den bereits Willy Brandt erfolgreich vertreten hat, zustimmen.

Die SPD hat nach Aussage von Herrn Feiniler eine intensive Diskussion in der Fraktion geführt; er spricht der GDCF in diesem Zusammenhang seinen Dank für die Informationsarbeit aus, die aber für ihn ohne wesentliche neue Erkenntnisse geblieben ist, was für eine Partnerschaft sprechen würde. Nach seinen Informationen wird die Partnerschaft in Worms bereits deutlich kritischer gesehen. Deshalb wurde auch die Empfehlung für eine Partnerschaft auf Ebene der Metropolregion ausgesprochen, was aber leider nicht zustande kam. Eine 3 Millionenstadt passt nach seiner Ansicht einfach nicht zu Speyer mit gerade 50.000 Einwohnern.

Die Kostenfrage wird eine Teilhabe an der Partnerschaft insbesondere für Jugendliche erschweren. Außerdem wird niemand ernsthaft glauben, dass diese Partnerschaft kostenneutral entstehen kann, ohne bei den anderen Partnerstädten zu sparen. Er verweist auf das Beispiel Trier.

Auch die Menschenrechtsverletzungen sind nicht wegzudiskutieren, insbesondere mit Blick auf die Ausweisung von Journalisten in den letzten Tagen. Die totalitären Parteistrukturen

der chinesischen KP ziehen sich durch alle Schichten der Verwaltung, also auch bei den Verantwortlichen der Stadtverwaltung Ningde. Die Mitglieder der SPD Speyer sind nicht die Vasallen des Herrn MP Beck und bilden sich ihre eigene Meinung. Daher wird die Fraktion mehrheitlich gegen die Partnerschaftvereinbarung stimmen.

Der Vorsitzende hebt nochmals die Verantwortung hervor, den gesellschaftlichen Wandel in diese Partnerschaft hineinzutragen. Aus seiner Sicht ist keine Stützung des Systems mit diesem Partnerschaftsvertrag verbunden.

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt mit 25 Stimmen mehrheitlich (bei 12 Gegenstimmen: SPD-Fraktion, BGS-Fraktion, Heimfarth – Bündnis 90/Die Grünen und 3 Enthaltungen: Baum, Dr. Kremp, Tochtermann – SWG-Fraktion) die Unterzeichnung der vorgeschlagenen Partnerschaftvereinbarung der beiden Städte Worms und Speyer mit der chinesischen Stadt Ningde.

24. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 10.05.2012

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 8

---

**Gegenstand: Änderung der Vergnügungssteuersatzung der Stadt Speyer vom  
01.07.2011  
Vorlage: 0750/2012**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Herr Czerny möchte erläuternd zu § 2 wissen, warum von einer monatlichen auf eine vierteljährliche Abrechnung umgestellt wird. Dies ist nach Ausführung der Verwaltung zur Senkung des administrativen Kontroll-Aufwandes sinnvoll.

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt einstimmig aufgrund des § 24 der Gemeindeordnung für Rheinland-Pfalz (GemO) vom 31.01.1994 (GVBl. S. 153) und der §§ 1, 2 und 5 Abs. 4 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) für Rheinland-Pfalz vom 20.06.1995 (GVBl. S. 175) in den jeweils gültigen Fassungen, die vorgelegte Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Vergnügungssteuer in der Stadt Speyer.

Auf Empfehlung des Haupt- und Stiftungsausschusses wird der Steuersatz in § 1 abweichend von der Vorlage auf 18 % festgesetzt.

24. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 10.05.2012

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 9

---

**Gegenstand: Änderung der Parkgebührensatzung der Stadt Speyer vom 14.11.2008**  
**Vorlage: 0760/2012**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Der Vorsitzende weist eingangs darauf hin, dass die Stadt durch diese Maßnahme 120.000 € Mehreinnahmen erwartet, die den Haushalt entlasten sollen, unabhängig von der Teilnahme am KEF. Eine komplette Überarbeitung der Parkbewirtschaftung wird zum Ende des Jahres zur Entscheidung vorgelegt.

Parkraumbewirtschaftung darf nach Auffassung von Herrn C. Ableiter nur der Verkehrsregelung dienen und nicht dazu, den Leuten das Geld abzunehmen. Mit Blick auf die Attraktivität des Einkaufsstandortes Speyer sollten die Parkgebühren eher gesenkt werden. Die BGS-Fraktion wird die Erhöhung ablehnen.

**Beschluss:**

Auf Empfehlung des Haupt- und Stiftungsausschusses beschließt der Stadtrat mehrheitlich (bei 2 Gegenstimmen – BGS-Fraktion und 1 Enthaltung, Münch-Weinmann – Bündnis 90/Die Grünen) die vorgelegte Satzung zur Änderung der Parkgebührensatzung der Stadt Speyer vom 14.11.2008.

24. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 10.05.2012

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 10

---

**Gegenstand: Änderung der Satzung der Stadt Speyer über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die Abfallentsorgung (Abfallgebührensatzung) vom 23.05.2003 - Grünabfälle  
Vorlage: 0769/2012**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt einstimmig die folgende Satzungsänderung:

**Satzung vom xx.xx.2012 zur Änderung der Satzung der Stadt Speyer über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die Abfallentsorgung (Abfallgebührensatzung) vom 23.05.2003**

Der Stadtrat der Stadt Speyer hat am 10.05.2012, aufgrund des § 24 der Gemeindeordnung (GemO) in der Fassung vom 31.01.1994 (GVBl. S. 153) – BS 2020-1; zuletzt geändert durch § 142 Abs. 3 des Gesetzes vom 20.10.2010 (GVBl. S. 319)

der §§ 1, 2, 3, 7, 8, 9, 13 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) vom 20.06.1995 (GVBl. S. 175) – BS 610-10; zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 15.02.2011 (GVBl. S. 25)

in Verbindung mit § 5 Abs. 2 des Landesabfallwirtschaftsgesetzes (LAbfWG) vom 02.04.1998 (GVBl. S. 97) – BS 2129-1; zuletzt geändert durch §§ 27, 28, 29 und 32 geändert, § 29 a aufgehoben durch Artikel 6 des Gesetzes vom 27.10.2009 (GVBl. S. 358) folgende Satzung beschlossen:

**Artikel 1**

§ 6 Abs. 3 a wird gestrichen und erhält folgende neue Fassung:

„a) Grünabfall aus Privathaushalten: 0,00 €“

**Artikel 2**

Diese Satzung tritt am Tag nach der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

24. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 10.05.2012

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 11

---

**Gegenstand:** 1. Änderung des Flächennutzungsplans 2020  
hier: Auswertung der Behörden und Trägerbeteiligung gemäß  
§ 4 Abs. 2 BauGB sowie Beschluss zur Durchführung der Offenlage  
gemäß § 3 Abs. 2 BauGB  
Vorlage: 0761/2012

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

1. Den Beschlussvorschlägen zu den im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Anregungen wird gefolgt.
2. Der Entwurf zur 1. Änderung des FNP 2020 einschließlich Begründung und Anlagen wird gebilligt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, den Entwurf zur 1. Änderung des FNP 2020 einschließlich seiner Begründung und Anlagen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen.

24. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 10.05.2012

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 12

---

**Gegenstand:** **Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 072 "Rudersport Reffenthal"**  
**hier: Auswertung der Behörden und Trägerbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB sowie Beschluss zur Durchführung der Offenlage gemäß § 3 Abs. 2 BauGB**  
**Vorlage: 0762/2012**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

1. Den Beschlussvorschlägen zu den im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Anregungen wird gefolgt.
2. Der Bebauungsplanentwurf einschließlich Begründung und Anlagen wird gebilligt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, den Entwurf zum Bebauungsplan einschließlich seiner Begründung und Anlagen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen.

**Gegenstand: Neubau einer Rettungswache**  
**Vorlage: 0777/2012**

Die Tischvorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Der Vorsitzende weist einleitend darauf hin, die Prüfung der seit Dezember 2010 untersuchten Alternativen ergab, dass es keinen Standort gibt, hinter dem die Verwaltung uneingeschränkt steht. In der Diskussion stehen noch 2 mögliche Standorte, über die unterschiedliche Meinungen in der Verwaltung herrschen. Er legt nochmals kurz die in der Vorlage bereits geschilderten Vor- und Nachteile dar.

Herr Roßkopf bittet darum, die Entscheidung zu diesem Punkt abzusetzen, da man dem DRK keinen Standort vorschlagen kann, der nicht 100 % ideal geeignet ist. Er erinnert an die Diskussion aus 2010 um mögliche Standortvorteile für das Diakonissenkrankenhaus. Daher hält er die gemachten Verwaltungsvorschläge für nicht geeignet genug und setzt sich dafür ein, weiter zu suchen.

Der Vorsitzende wendet ein, die Suche dauere nun schon sehr lange, ohne ein konkretes Ergebnis zu zeitigen. Der Betreiber der Rettungswache macht unmissverständlich klar, dass der gesetzlich geforderte Standard an dem gegenwärtigen Platz nicht gewährleistet werden kann. Bisher wurde das DRK immer noch durch die Stadt vertröstet. Den idealen Standort gibt es nicht. Der früher angedachte Neubau am Diakonissenkrankenhaus scheidet verkehrstechnisch aus den gleichen Gründen aus wie der bisherige Ort der Rettungswache.

Herrn Feinler erscheint der vorgeschlagene Standort hingegen durchaus zentral genug und in guter Distanz. Allerdings möchte auch er heute nicht entscheiden, solange mit dem DRK keine Sondierungsgespräche geführt wurden. Er wirft die Frage auf, ob dieser Standort auch Platz für eine Feuerwache bieten würde; laut Verwaltung ist nur eine Begegnungsfeuerwache am Gaswerk möglich.

Auch Frau Wöhlert dauert die Suche schon zu lange. Sie hätte sich gewünscht, dass das DRK in die Suche miteinbezogen worden wäre. Eine Rettungswache in der Nähe des Diakonissenkrankenhauses erscheint ihr persönlich gar nicht so schlecht.

Der Vorsitzende erklärt, die Mitarbeit des DRK erschöpfte sich in der Mitteilung, dass die Verwaltung die Stadt doch selbst am besten kenne. Das DRK nimmt den von der Stadt gewählten Standort, sucht aber keinen. Die Berichterstattung um eine mögliche Wache in der Friedrich-Ebert-Straße führte sofort zu rund 40 Beschwerdeschreiben von Anwohnern. Die Nutzung der B 39/B 9 wird wegen der dauernden Staus als sehr kritisch gesehen; die Feuerwehr fährt deshalb grundsätzlich durch die Stadt. Und die angekündigten Baumaßnahmen an der B 39 und A 61 werden auf Jahre hinaus zu erheblichen Verkehrsbehinderungen auf den Umgehungsstraßen führen. Er sieht grundsätzlich kein Problem mit einer Vertagung in die nächste Sitzung, möchte aber ein Votum, um in Gespräche mit DRK eintreten zu können.

Herr C. Ableiter spricht von einer zu großen Sorglosigkeit im Rat und verweist im Zusammenhang mit dem Rettungswesen auf Vorfälle, die 2 Ratsmitgliedern in jüngster Vergangenheit zugestoßen sind. Von der jetzigen Rettungswache ist der Weg über die B 39/B 9 durch das dort allgegenwärtige Verkehrschaos versperrt. Daher ist eine zentrale innerstädtische Rettungswache notwendig. Er sieht einen dringenden Handlungsbedarf. Der Rat sollte dem OB zumindest die Freiheit geben, Gespräche mit dem DRK zu führen.

Herr Jaberg bekräftigt für Bündnis 90/Die Grünen, ebenso wie Frau Roos für FDP, den Wunsch nach einer Beratung in der Fraktion.

Frau Ritthaler möchte das Gelände am Schipkapass nochmals ins Gespräch bringen. Das Bahngrundstück steht nach Auskunft des Vorsitzenden nicht zur Verfügung; die Bahnverwaltung wäre evtl. nur zur Veräußerung kleiner Randflächen bereit.

Herr F. Ableiter schlägt eine Ausgleichsfläche an der Tullastraße auf der ehemaligen Deponie oder eine Fläche an der LVA, auf der eine Halle abgerissen wurde, vor. Man könnte sich dies bei einem vor-Ort-Termin ansehen.

Frau Dr. Montero-Muth hingegen möchte dem Vorschlag folgen, dass sich das DRK mit den beiden vorgeschlagenen Standorten beschäftigt, insbesondere mit Blick auf die Hygienestandards und die Qualitätssicherung. Dem schließt sich der Vorsitzende an.

Herr Dr. Wilke wiederum äußert wegen der geringen Straßenbreite erhebliche Bauchschmerzen mit einem Standort Armensünderweg. Die Tullastraße dagegen erscheint ihm ein hervorragender Vorschlag zu sein, den man prüfen sollte. Gerettete Menschenleben sind wichtiger als irgendein Gewerbegrundstück, das evtl. irgendwann an einen Handwerker verkauft werden kann.

Herr Roßkopf sieht dies ähnlich, ebenso wie Herr Hinderberger, der als Vorschlag noch eine Fläche an der Franz-Kirrmeier-Straße hinter der Fa. Wässa nennt.

Der Tagesordnungspunkt wird einstimmig in die nächste Ratssitzung vertagt.

24. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 10.05.2012

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 14

---

**Gegenstand:** Kommunalen Zuschuss für den Arbeiter-Samariter-Bund e.V.  
Speyer, Birkenweg 63 b  
Aufhebung des Beschlusses des Stadtrates vom 20. März 1981  
Vorlage: 0738/2012

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

**Beschluss:**

Auf Empfehlung des Sozialausschusses beschließt der Stadtrat einstimmig, den Beschluss den Ratsbeschluss vom 20. März 1981 mit Wirkung zum 01.01.2012 aufzuheben.

24. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 10.05.2012

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 15

---

**Gegenstand: Umbesetzung von Ausschüssen**

Vorschläge auf Umbesetzung von Ausschüssen liegen nicht vor.

24. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 10.05.2012

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 16

---

**Gegenstand: Annahme und Verwendung von Spenden nach § 94 Abs. 3 GemO**  
**Vorlage: 0776/2012**

Die Tischvorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

**Beschluss:**

Der Stadtrat stimmt der Annahme der von der Verwaltung aufgelisteten Zuwendungen einstimmig zu.

24. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 10.05.2012

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 17

---

**Gegenstand: Fragen und Anregungen von Bürgerinnen und Bürgern**

Fragen und Anregungen von Bürgerinnen und Bürgern liegen nicht vor.

24. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 10.05.2012



24. Sitzung des Stadtrates 10.05.2012 **Hansjörg Eger**

**Hinweis:** Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!